

AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

An die  
Mitarbeitervertretungen der Mitgliedseinrich-  
tungen im DWBO

An die  
AGMV-Newsletter-Abonnentinnen  
und -Abonnenten

**AGMV**

**Newsletter-  
02/2021**

Berlin, 25. Februar 2021

**Arbeitsgemeinschaft der Mit-  
arbeitervertretungen**

Geschäftsstelle:  
Jeanette Klebsch  
Paulsenstr. 55/56  
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192  
Fax 030 820 97-193  
agmv@dwbo.de  
www.agmv-dwbo.de

**AGMV-Newsletter 02/2021 – Offener Brief an den Senat von Berlin: Die „Held\*innen zweiter Klasse“ melden sich zu Wort –**

Liebe Mitarbeitervertreter\*innen,  
liebe Mitarbeiter\*innen der Mitgliedseinrichtungen im DWBO,  
liebe Leser\*innen,

mit unserem AGMV-Newsletter möchten wir gerne – Offener Brief an den Senat von Berlin: Die „Held\*innen zweiter Klasse“ melden sich zu Wort – aufmerksam machen.

Den Brief finden Sie nachstehend!

Mit den besten Wünschen für eine gesunde Zeit,

gez. Jeanette Klebsch

V.i.S.d.P.: Kerstin Myrus, Markus Strobl, Ralf Zimmermann,

• AGMV-Vorstand •

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz • Postfach 332014 • 14180 Berlin

Tel. (030) 82097 192 • Fax (030) 82097 193 • eMail AGMV@dwbo.de •

Website: [www.agmv-dwbo.de](http://www.agmv-dwbo.de)

AGMV-Newsletter 02/2021; Seite 1 von 4

– Offener Brief an den Senat von Berlin: Die „Held\*innen zweiter Klasse“ melden sich zu Wort –

AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

Regierender Bürgermeister von Berlin,

Michael Müller

Bürgermeisterin von Berlin,

Ramona Popp

Bürgermeister von Berlin,

Dr. Klaus Lederer

Senatorinnen und Senatoren von Berlin

Berlin, den 25.02.2021

Cc: Parteivorsitzende und

Fraktionsvorsitzende der Berliner Landesver-  
bände der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen  
und die LINKE

## OFFENER BRIEF

### **Die Held\*innen „zweiter Klasse“ melden sich zu Wort:**

**Warum behandelt der Berliner Senat die Mitarbeitenden der Diakonie schlechter,  
als die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes?**

**Stichworte: Hauptstadtzulage, Coronaprämie**

Sehr geehrter Herr Müller, sehr geehrte Frau Popp, sehr geehrter Herr Dr. Lederer,  
sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,

wir, der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen des Diakoni-  
schen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (AGMV-Vorstand), wenden  
uns heute besorgt an Sie.

Die Mitarbeitervertretungen der über 400 Mitgliedseinrichtungen des Diakonischen  
Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) bilden die Arbeitsge-  
meinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMV).

Sie vertritt die Interessen der über 52.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im DWBO.

V.i.S.d.P.: Kerstin Myrus, Markus Strobl, Ralf Zimmermann,

• AGMV-Vorstand •

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz • Postfach 332014 • 14180 Berlin

Tel. (030) 82097 192 • Fax (030) 82097 193 • eMail AGMV@dwbo.de •

Website: www.agmv-dwbo.de

Die Mitarbeitenden in den freigemeinnützigen, nicht profitorientierten Mitgliedseinrichtungen des DWBO, von denen ein beachtlicher Teil in Berlin tätig ist, erbringen in Betreuung, Pflege, Erziehung, Beratung und weiteren Feldern im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips Leistungen der Daseinsvorsorge, die – gäbe es diese Einrichtungen nicht – der Staat selbst erbringen müsste.

Somit können sich die Mitarbeitenden im moralischen Sinne auch als im öffentlichen Dienst tätig ansehen, gleichwohl das formalrechtlich natürlich nicht der Fall ist.

Seit geraumer Zeit haben wir aber den – durch Tatsachen begründeten – Eindruck, dass der Einsatz unserer Mitarbeitenden von der Berliner Landesregierung nicht in dem Maße gewürdigt wird, wie das alle genannten Beteiligten angemessen finden würden.

So kritisierte die LIGA Berlin, der Berliner Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege bereits im Mai 2020 auf einer Videopressekonferenz, dass „eine Zweiklassengesellschaft in der Diskussion um geplante Corona-Prämien“ drohe.

Hintergrund war damals die Absicht, solche im Öffentlichen Dienst Berlins zu zahlen – die Mitarbeitenden in Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege jedoch außen vor zu lassen.

Im Juni 2020 wandte sich die LIGA deswegen erneut mit einem „Offenen Brief zur Held\*innen und Pflegeprämie“ an den Regierenden Bürgermeister von Berlin.

Schon dies für sich genommen ist ein unseres Erachtens ungewöhnlicher Vorgang, machte er doch eine gewisse Sprachlosigkeit zwischen dem Berliner Senat und der Freien Wohlfahrtspflege deutlich, da wer über andere Gesprächsebenen und Zugänge verfügt, nicht unbedingt zu einem solchen Mittel greifen muss.

In der Folge wurde dann zumindest der Landesanteil an der Coronaprämie für Mitarbeitende der ambulanten und stationären Altenpflege auf 500,-€ erhöht, was wir natürlich begrüßen.

Dennoch ist die Thematik damit nicht geklärt. Das Gesamtproblem liegt unseres Erachtens deutlich tiefer:

Den Berliner Senat und die ihn tragenden Parteien eint nach unserem Eindruck die Überzeugung, dass Leistungen der Daseinsvorsorge grundsätzlich in die öffentliche Hand gehören. Hier haben wir einen ganz ähnlichen Ansatz und meinen, dass Leistungen der Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert, nicht profitorientiert erbracht werden sollten.

Nur scheinen Sie hier einem recht holzschnittartigen Bild zu folgen, in dem die „Guten“ grundsätzlich die Einrichtungen der Stadt selbst und ihre Eigenbetriebe sind, während die „Bösen“ schlicht alle anderen zu sein scheinen – egal, ob es sich hier um einen börsennotierten Krankenhauskonzern handelt, der seinen Anteilseignern mit letztlich aus Beitragsmitteln der Krankenversicherung generierten Erlösen die Taschen füllt (was auch wir kritisch sehen) oder um einen freien diakonischen Träger der gemeinnützig verfasst ist und schon deswegen keine Gewinne erwirtschaften kann.

Deutlich schlimmer als die teilweise Ungleichbehandlung bei der Coronaprämie finden wir die Tatsache, dass die Mitarbeitenden des Öffentlichen Dienstes Berlins seit November 2020 eine Hauptstadtzulage im Werte von 150,-€/Monat erhalten, ohne dass für unsere Mitarbeitenden eine Zulage in gleicher Höhe refinanziert wird.

Damit kein Missverständnis aufkommt: wir gönnen den ohne Zweifel auch hart arbeitenden und geforderten Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes diese Prämie von Herzen – fragen uns aber, warum nicht alle Mitarbeitenden, die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im moralisch im besten Sinne öffentlichen Interesse und Dienst erbringen, gleichermaßen bedacht werden – wenn Geld für eine solche Prämie offensichtlich und begrüßenswerter Weise da ist?

Wenn wir uns viele sozialpolitische Stellungnahmen der Diakonie anschauen und daneben die Vorstellungen des Berliner Senats und der ihn tragenden Parteien legen, erkennen wir eine große Übereinstimmung in sehr vielen politischen Sachfragen.

Umso mehr schmerzt uns die dennoch vorhandene offensichtliche Entfremdung zwischen Senat und freier Wohlfahrtspflege, wobei wir nur für die Mitarbeitenden der Diakonie sprechen können.

Diese Entfremdung kann, wenn Sie anhält, nicht nur der freien Wohlfahrtspflege schaden, sondern – in einem Wahljahr – auch dem Berliner Senat und den ihn tragenden Parteien.

In diesem Sinne wünschen wir uns dringend und zeitnah ein mehr an materiell spürbarer Würdigung der Arbeit der Diakoniebeschäftigten durch den Senat von Berlin.

Ein erster Schritt dazu wäre, dass bei Tarifvergleichen zur Sicherstellung der Einhaltung des Besserstellungsverbot im Zuwendungsbereich, ebenso wie bei anderen vom Land zu steuernden Refinanzierungsverhandlungen und -vereinbarungen, die außer- und übertarifliche Hauptstadtzulage im Wert von 150,-€/Monat mit einbezogen würde

Das würde es der Arbeitsrechtlichen Kommission des DWBO ermöglichen, den Berliner Mitarbeitenden der Diakonie per Beschluss auch eine Zulage in entsprechendem Wert zukommen zu lassen.

Einer baldigen positiven Antwort Ihrerseits sehen wir mit Interesse entgegen und verbleiben bis dahin

Mit freundlichen Grüßen im Namen des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der  
Mitarbeitervertretungen

Gezeichnet:      Kerstin Myrus                      Markus Strobl                      Ralf Zimmermann

Mitglieder der Sprecherguppe

Hinweis:

Dieser Brief wird als AGMV-Newsletter an die Abonnent\*innen verschickt und im Newsletterarchiv auf der AGMV-Website eingestellt.